

1 Jahr danach — Zur Bilanz der Februarrevolution

Termingerecht vor den Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag der philippinischen "Februarrevolution" wurde Cory Aquino als Präsidentin mit der überwältigenden Zustimmung von mehr als drei Vierteln der Bevölkerung beim Verfassungsreferendum am 2. Februar 1987 bestätigt. Ihre Übergangsregierung der ersten Monate wurde gewissermaßen nachträglich legitimiert. Rechte wie linke Widersacher scheinen zunächst in die Schranken gewiesen.

Auch international hat die Regierung Aquino weiteste Anerkennung gefunden. Westliche Regierungsvertreter geben sich in Manila die Klinke in die Hand. Umfangreiche finanzielle Hilfsleistungen sind zugesagt, Weltbank und Internationaler Währungsfonds dürften im Schulterschuß mit den bislang noch zögerlichen privaten Gläubigerbanken in Anbetracht der "Stabilisierung" der politischen Verhältnisse bei den anstehenden Umschuldungsverhandlungen großzügig verfahren. Corazon Aquino wurde zum Friedensnobelpreis vorgeschlagen, vom US-Nachrichtenmagazin "Time" zur "Frau des Jahres" deklariert.

Der erste Abschnitt der "Februarrevolution" ist vollendet. Die Festlegung der Parlamentswahlen auf den 11. Mai, der Regional- und Kommunalwahlen auf den 24. August

1987 geben den Rahmen für die angestrebte Entwicklung hin zu einer parlamentarischen Demokratie westlichen Musters vor.

Sind damit die Ziele von "People Power" erfüllt?

Die Ereignisse vom 22.-25. Februar 1986 haben die zwanzigjährige Marcos-Diktatur auf einzigartige Weise beendet. Eine ebenso einzigartige Koalition hat dazu beigetragen. Zum Ausgangspunkt wurden die ehemaligen Marcos-Stützen Juan Ponce Enrile und Fidel Ramos, die sich - von der Verhaftung durch den Diktator bedroht - zum Putschversuch entschlossen. Eine Verbindung zum Lager der Opposition um Cory Aquino hatte ursprünglich nicht bestanden, sie wurde erst geschlossen unter Hilfe von Kardinal Sin, dem Oberhaupt der Katholischen Kirche des Landes, der die noch von einem äußerst engagiert geführten Wahlkampf aufgeführten Massen Manilas zur Bildung einer menschlichen Schutzmauer um den Sitz der Meuterer aufrief. All dies hätte den kranken Diktator wohl kaum von einem Blutbad abgehalten, doch gab es kein grünes Licht aus Washington. Auch dort hatte man endlich eingesehen, daß Marcos' Zeit abgelaufen war. Und der Augenblick hätte günstiger kaum sein dürfen: Eine enge Kooperation zwischen antikommunistischer Armee und antikommunistischer bürgerlicher Opposition, deren Leitfi-

gur unerschöpfliche Popularität genoß, war in Reichweite. Überdies hatte sich die philippinische Linke durch ihren verfehlten Wahlboykott selbst ausgetrickst.

Bei Betrachtung dieses Szenarios wird in der internationalen Medienberichterstattung wie in der "gelben" Selbstdarstellung ein Faktum gern vergessen: Ohne die auch nach Ausrufung des Kriegsrechts (21.9.1972) nie abbrechenden Massenaktionen der nationalistischen Linken, ohne die immer machtvoller werdende Guerillaarmee NPA wäre das Marcos Regime nicht so geschwächt worden, wäre der Sinnwandel in der philippinischen Armee und in Washington nicht eingetreten, wäre "People Power" nicht möglich gewesen.

"Reconciliation" - Versöhnung hatte das Motto Aquinos in ihren ersten Amtsmontaten gelaute. Hunderte von politischen Gefangenen, doch nicht alle, wurden in die Freiheit entlassen und im Gegenzug die Schuldigen, die Gefolgsleute Marcos', nicht belangt. "Ich weiß, daß die Wurzeln des Aufstands in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Volkes und den sozialen Strukturen, die es unterdrücken, liegen. Wir müssen unsere Anstrengungen energisch auf diese Verhältnisse richten, wenn wir auf dauernden Frieden hoffen wollen", hatte die

Präsidentin in einer Rede am 20. April 1986 betont (NM, 14.5.1986, S.11). Daraus ergab sich folgerichtig, daß die Regierung - gegen den Willen des Militärs - das Gespräch mit dem Untergrund suchte. Ein 60tägiger Waffenstillstand ist geschlossen worden - und inzwischen ohne Ergebnisse ausgefallen. Beobachter stellen fest, daß die NDF von Beginn an weitgehende Zugeständnisse machte, die Regierung aber zu keinerlei substantiellen Angeboten bereit war. Die Fragen der Landreform und einer Umstrukturierung der philippinischen Streitkräfte standen hierbei im Mittelpunkt.

"Es wird eine neue Armee und eine neue Regierung sein, mit denen es die Aufstandsbewegung zu tun haben wird. Es wird einen radikalen Wandel in der militärischen Strategie geben, weg von der rücksichtslosen Anwendung der Macht zu einer differenzierteren und effektiveren Anwendung derselben - durch besser ausgebildete, besser ausgerüstete und mobilere Einheiten." Was sich wie ein Zitat aus einem CIA-Handbuch zur Guerillabekämpfung anhören mag, sind die Worte Cory Aquinos, wie sie sie bereits in ihrer April-Rede gewählt hatte. Corys zweites Gesicht kommt nun zum Tragen. Die jüngsten Berichte aus den Philippinen sprechen von einer erhöhten militärischen Intensität der Aufstandsbekämpfung. Infrastrukturprogramme in den "kritischen Gebieten", um die "Herzen und Köpfe" der Bevölkerung zu gewinnen, sind angekündigt. In die Legalität zurückkehrenden NPA-Kämpfern wird Amnestie und Land angeboten. All das entspricht weitgehend dem in Thailand erfolgreich durchgeführtes Aufstandsbekämpfungsprogramm (vgl. SOA Informationen 1/86). Der neue Verteidigungsminister der Philippinen, General Rafael Iletto, war bis zum Sturz Marcos' Botschafter in Bangkok und hat die dortige Entwicklung genau verfolgen können. Sicherlich kann man die Verhältnisse in den beiden südostasiatischen Ländern nicht gleichsetzen, doch stellt das Konzept Iletos und Aquinos verbunden mit einer "professionalisierten" Armee unter Stabschef Ramos eine ernstzunehmende Herausforderung für die NPA/NDF dar, zumal die USA bereits eine enge Zusammenarbeit bei der Guerillabekämpfung angeboten haben.

Und Präsidentin Aquino kann nach dem Verfassungsreferendum auf die demokratische Legitimation ihrer Regierung hinweisen. Darf die NPA also ihren bewaffneten Kampf überhaupt noch fortführen?

Auf den Philippinen mag sich die Frage in ihrer Abstraktheit vielleicht gar nicht stellen. In weiten Gebieten ist die NPA Garant gegen die Ausbeutung des Großgrundbesitzes und Übergriffe der Armee.

Von vielen Menschen - auch außerhalb des NDF-Spektrums - wird sie als eine Art mahnender Zeigefinger gegenüber der Regierung verstanden, längst überfällige soziale Reformen, speziell eine echte Landreform, energischer als bislang voranzutreiben. Größere Bedeutung wird die Frage aber sicherlich in der bundesrepublikanischen Solidaritätsbewegung erlangen bzw. in unserer Informationsarbeit und bei Kontakten mit Bündnispartnern.



Die Entwicklungen des vergangenen Jahres haben auf den Philippinen die Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die fortschrittlichen Kräfte zugleich günstiger wie komplizierter werden lassen. Speziell in den Städten existierte nach dem Umsturz ein bemerkenswerter "demokratischer Freiraum". "Wir haben nun die Freiheit, dem Volk zu sagen, was es wissen sollte, z.B. über die eigenützigen Interessen des US-Imperialismus", stellte der ehemalige NPA-Chef Bernabe Buscayno nach seiner Freilassung aus der Haft fest (Philippinen Informationen, Mai 1986, S.24). Die breite Medienberichterstattung über die NDF, als sie während des Waffenstillstands ein Büro in Manila eröffnen konnte, spricht diesbezüglich eine deutliche Sprache. Das NDF-Büro ist inzwischen wieder aufgelöst, und insgesamt mußte die philippinische Linke bei der Inanspruchnahme des "demokratischen Freiraums" zahlreiche Opfer hinnehmen. Erinnert sei nur an den Mord an dem Vorsitzenden der Partido ng Bayan und der KMU, Rolando Olalia, das Massaker an den demonstrierenden Bauern vor dem Regierungspalast vor wenigen Wochen und die vielen Namenlosen in den Provinzen, die ihr legales Engagement mit dem Leben bezahlen mußten.

All das wären und waren Fälle für die mit vielen Hoffnungen besetzte Menschenrechtskommission. Doch

deren Mehrheit ist Ende Januar von ihren Posten zurückgetreten, nicht nur aus Protest über das Bauernmassaker des Staatsapparats, sondern auch wegen der Ergebnislosigkeit ihrer bisherigen Arbeit. Keine Person ist bislang wegen Menschenrechtsverletzungen in der Marcos-Ära belangt worden. Dies schmälert natürlich die positiven Elemente der neuen Verfassung, d.h. deren lobenswerte Betonung der Menschenrechte. Nichtsdestotrotz darf man fragen, ob die Ab-

kehrung der Verfassung von Teilen der militanten Linken eine kluge Taktik gewesen ist.

"Eine Verfassung kann nicht mehr als das herrschende System widerspiegeln und bewahren. Im Fall eines semi-kolonialen und semi-feudalen herrschenden Systems ist eine Verfassung das legale Instrument der nationalen und Klassenunterdrückung und Ausbeutung. Von der Verfassung selbst kann man nicht erwarten, daß sie einen wesentlichen Wandel bewirkt. Letztendlich wird es das Volk selbst sein, das dem Wandel den Weg bereiten wird." (NM, 24.12.1986, S.17) Hat sich aber die Linke nicht erneut vom Volk isoliert? Wie zu den Präsidentschaftswahlen des vergangenen Jahres ist die Zustimmung zu Aquino gerade in den linken Hochburgen wie Bicol, Bataan oder Bacolod beim Referendum überdurchschnittlich hoch gewesen. Doch ist die Haltung zur Verfassung nicht nur eine taktische Frage. Denn "man darf wohl sagen, daß der Verfassungsentwurf auch den Kampf von einer beschränkten Elitedemokratie hin zu einer breiteren Volksdemokratie in der gegenwärtigen Übergangsperiode wiedergibt." (ebd.) Das veranlaßte wohl auch Teile der Linken wie die Partido ng Bayan, eine Position der "kritischen Zustimmung" zum Verfassungsentwurf zu beziehen. (Makabererweise wurde gerade diese Partei Ende Januar von der staatlichen Wahlkommission nicht zur

Registrierung zu den Parlamentswahlen zugelassen, da sie kommunistische Tendenzen aufweise. Sollte diese Entscheidung nicht revidiert werden, wäre das eine offene Kriegserklärung an die gesamte philippinische Linke, da ihr der Zugang zur demokratischen Beteiligung verwehrt bliebe.) Daß die Linke in diesem Februar nicht so geschlossen auftrat wie im vergangenen, mag man als Schwäche deuten. Ich deute es als ein Zeichen für eine größere Diskussionsmöglichkeit (oder -bereitschaft) innerhalb des nationaldemokratischen Blocks, der nicht mehr wie beim Boykott völlig auf die Vorgaben der CPP fixiert zu sein scheint.

Probleme sind aber nicht nur auf Seiten der militanten Linken. Wo ist denn bloß die Mitte geblieben, rief Gesundheitsminister Bengzon in bester Totalitarismus-Manier auf dem 2. Kongreß von BANDILA, die am meisten unter all den sozial- und christdemokratischen Unterstützungsgruppen Corys von "People Power" profitiert hatte, bereits im vergangenen Oktober aus (vgl. Dokumentation im Heft). Viele ehemalige "Parlamentarier der Straße" sind in mittlere Regierungsposten aufgerückt, die Bewegung hat an Schwung verloren. Das Bemühen zahlreicher Gruppen wie LAKAS oder die Volunteers for Popular Democracy, "People Power" zu institutionalisieren, zeigt nur geringe Erfolge. Einen Grund dafür scheint mir Bengzon bewußt zu verschweigen. "People Power" war gewissermaßen eine Volksbewegung von oben. Als Cory und Kardinal Sin riefen, kamen die Massen. Nun werden sie aber nicht mehr gerufen.

Aquino hat offenbar andere Stützen für ihre Herrschaft gefunden. Nach Angaben von Stabschef Ramos hat es im vergangenen Jahr neun militärische Putschversuche gegeben (AW, 15.2.1987, S.34). Bemerkenswert ist hieran dreierlei. Über weniger als die Hälfte dieser Putschversuche ist das philippinische Volk überhaupt informiert worden. In diesen Fällen ist es aber nie zur Hilfe gerufen worden. Statt auf "People Power" setzt die Präsidentin nun auf undurchsichtige Mausechelen mit dem Militär bzw. mit dessen Ramos/Ileto-Fraktion. Und drittens wurden angebliche Putschversuche immer dann publik gemacht, wenn es der Regierung zumindest nicht ungelegen kam. So war es am 27. Januar, also genau zwischen dem Mendiola-Massaker und Verfassungsabstimmung, und auch im November, nach dem Mord an Olalia und dessen Begräbnis, der größten Massendemonstration der philippinischen Linken. Das historische Ereignis konnte kaum nachhallen, als schon die Gerüchte um einen Putschplan namens "God save the Queen" die Medien erfüllten. Cory und besonders Ramos waren die neuen Hauptfiguren,

die den aus der Marcos-Ära zu sehr vorbelasteten Enrile aus dem Kabinett entließen, die ungeliebten "Liberalen" wie Arbeitsminister Sanchez aber sogleich folgen ließen. Ein echtes Kabinett der "Mitte" war geboren. René Ofreneo hat in diesem Zusammenhang auf die Einwirkung der USA verwiesen, die nach anfänglichen Irritationen Aquino voll unterstützen, und von einem "Cory Coup mit Ramos-Geschmack" gesprochen (AfricAsia 1/87, S.29).

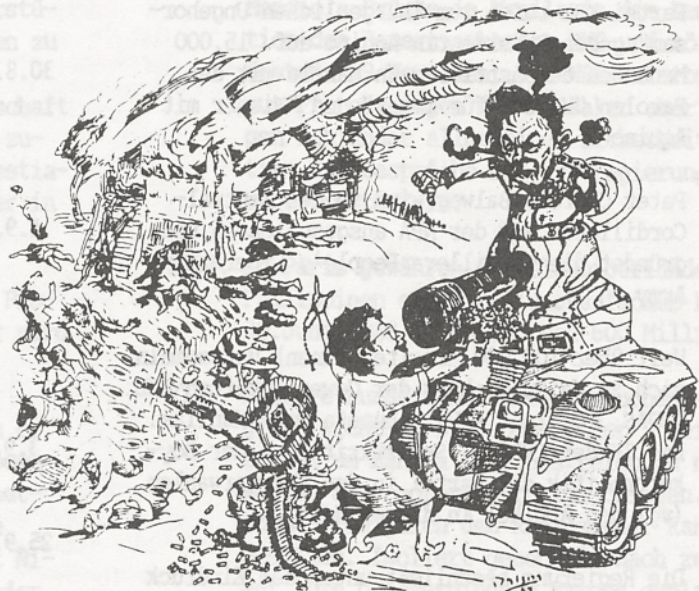
Aquino sitzt seitdem fester im Sattel als jemals zuvor. Ob die Macht tatsächlich bei ihr als Person liegt, mag dahingestellt sein. Festzustellen bleibt, daß sie von ihren Wahlkampfversprechen kaum eines verwirklicht hat. Selbst die Anzahl an Menschenrechtsverletzungen soll sich nur geringfügig vermindert haben.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht wird eine Modernisierung des Marcos-Konzepts versucht. Etwas anderes ist allerdings auch nie versprochen worden. Importliberalisierung und Exportorientierung bleiben die abgenutzten Zauberwörter. Die von Weltbank und Internationalem Währungsfonds seit langem kritisierten halbstaatlichen Monopole der "cronies" Marcos' werden zwar aufgelöst, aber nur um sie an die alte Elite zurückzugeben oder gar dem Auslandskapital anzubieten. Hatte es zunächst noch Diskussionen innerhalb der Regierung gegeben, ob alle Auslandsschulden in Höhe von annähernd 30 Mrd.

des Minuswachstums in den vergangenen Jahren, der derzeitigen Beruhigung der politischen Situation und des positiven Echos aus dem Ausland sicher kein Ding der Unmöglichkeit. Verbunden mit den populistischen Maßnahmen wie Preissenkung und dem angekündigten Arbeitsbeschaffungsprogramm im ländlichen Bereich mag es der Regierung Aquino fürs erste gelingen, ihre Massenbasis zu halten. "Die Wurzeln des Aufstands" bleiben aber unberührt, strukturelle Reformen ein Tabu.

José Maria Sison, der angebliche Gründungsvorsitzende der CCP, leitet daraus folgende Perspektiven für sein Land ab: "Kurzfristig hat sich eine US-Aquino herrschende Clique gefestigt, insbesondere gegenüber anderen reaktionären Fraktionen. Doch mittelfristig (in zwei oder drei Jahren) wird die Gefahr eines Putsches real und greifbar werden, wenn die grundlegenden Probleme des Volkes nicht gelöst werden und die soziale Krise sich weiterhin verschlechtert.

Eine Fraktion des Militärs wird versuchen, an die Macht zu kommen, indem sie die Korruption, an der das Regime bereits zu leiden begonnen hat, sowie das Versagen der Regierung, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, zum Thema macht. Es würde nur ein Jahr dauern, bis das Aquino-Regime anfängt zu faulen und zu stinken, da es sich nur innerhalb



US\$ zurückgezahlt werden sollen, wird jetzt ihre Umwandlung in ausländische Investitionen in allen relevanten Sektoren der philippinischen Wirtschaft als Lösung für die Schuldenkrise angestrebt ("Debt-to-Equity-Swap-Program" vom August 1986). Der Ausverkauf des nationalen Reichtums des Landes sind Tür und Tor geöffnet. Die philippinische Regierung hofft für die kommenden Jahre auf ein Wirtschaftswachstum von 6,5%. An-

des Rahmens ausländischer und feudaler Herrschaft bewegt; und egal wie trickreich oder brutal die Aquino-Präsidentschaft und das Militär die revolutionäre Bewegung bekämpfen mögen, die sich immer weiter verschlechternde wirtschaftliche und politische Krise wird auch weiterhin den fruchtbaren Grund für die bewaffnete Revolution bieten." (NM, 21.1.1987, S.9)